



Gruppe Friedensentwicklung

Entwicklungszusammenarbeit, Religion(en) und Konflikte in Subsahara-Afrika

FriEnt-Fachgespräch

7. Juni 2005
Bonn

FriEnt – Dokumentation

Autor: Wolfgang Kaiser

Herausgeber

© Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)
c/o BMZ, Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. +49-228-535-3259
Fax. +49-228-535-3799
frient@bmz.bund.de
www.frient.de

V.i.S.d.P Natascha Zupan, Redaktion: Dr. Susanne Reiff

Die Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt) ist eine Arbeitsgemeinschaft von:
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) |
Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) | Deutsche
Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) | Katholische Zentralstelle für
Entwicklungshilfe / Misereor | Konsortium Ziviler Friedensdienst | Plattform Zivile
Konfliktbearbeitung / Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Inhalt

Einleitung _____	1
„Religion kehrt auf die Tagesordnung zurück“ ... und stellt staatliche und nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit vor neue Fragen _____	2
„Entwicklungszusammenarbeit will und soll konflikt- und kultursensibel sein“ - Welchen Platz braucht Religion bei der Ausrichtung der Arbeitsansätze von EZ-Organisationen? _____	4
„Chancen für friedliches Zusammenleben und handlungsfähige Staaten“ - Welches und wie viel Zusammenspiel brauchen EZ- Organisationen untereinander und mit Akteuren in Afrika? Wie geht es weiter? _____	8
Zusammenfassung _____	9
Anhang I: Programm _____	11
Anhang II: Teilnehmerliste _____	12

Einleitung

Der Umgang der Entwicklungszusammenarbeit mit religiös-kulturellen Konfliktlinien stellt im Jahr 2005 ein Schwerpunktthema der Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt) dar. Religionen spielen eine wichtige und zeitweise vielleicht unterschätzte Rolle in der kulturellen Begründung und Stabilisierung sozialer Gemeinwesen und auch des Rechts- und Verfassungsstaates. Sie können aber auch ein Hindernis in Entwicklungsprozessen sein und zur gewaltsamen Eskalation von Konflikten beitragen. Diese doppelte Dimension von Religion war der Ausgangspunkt des FriEnt-Fachgesprächs, an dem Mitarbeiter/innen verschiedener FriEnt-Organisationen sowie des Auswärtigen Amtes, von InWEnt und der KfW teilnahmen. Sie tauschten sich am Beispiel von Subsahara-Afrika darüber aus, wie in ihren Organisationen auf die gewachsene politische Bedeutung von Religion reagiert wird.

Mit der Veranstaltung verband sich die Erwartung, durch den inter-institutionellen Austausch die jeweilige Bedeutung des Themas für die teilnehmenden Organisationen zu erkennen und gemeinsam Orientierungspunkte für eine konflikt- und kultursensible Ausrichtung der EZ zu finden. Hinter dem Wunsch nach einem Austausch von Informationen und Einschätzungen standen zwei Fragen: Welche Rolle spielen religiöse Überzeugungen oder Glaubensgemeinschaften derzeit in Afrika im Dreieck zwischen politischer Entwicklung, kulturellem Wandel und den damit verbundenen Konflikten? Müssen EZ-Organisationen deshalb in ihrer Arbeit Religion oder der Kooperation mit Religionsgruppen einen (neuen) Stellenwert einräumen?

Als Diskussionsgrundlage stellte FriEnt drei Thesen zum Verhältnis von EZ, Religion(en) und Konflikten auf:

These 1: Durch eine konflikt- und kultursensible Ausrichtung ihrer Programme versuchen EZ-Akteure, die Chancen für eine demokratische, nachhaltige und friedliche Entwicklung in Afrika zu erhöhen. Religion wird dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

These 2: Über eine verstärkte Kooperation mit religiösen Akteuren sucht EZ einen Zugang zu bisher nicht erreichten Zielgruppen und einen nachhaltigeren Einfluss auf Reformprozesse. Aussagen zum „Kooperationspotential“ von Religionsgruppen in Entwicklungsprozessen erfordern einen differenzierten Blick auf deren gesellschaftspolitisches Selbstverständnis und auf ihre Beziehungen zu anderen gesellschaftlichen und religiösen Kräften.

These 3: Die größere Sensibilität von EZ-Organisationen für Religion kann auf anderen Ebenen gesellschaftliche Konflikte verstärken. Religiöse Abgrenzungslinien in Politik und in anderen Lebensbereichen fördern die Eskalation von Interessenkonflikten in (gewaltsame) Auseinandersetzungen um Identitäten. Identitätskonflikte sind besonders schwer zu bearbeiten, da es dabei eher um ein „Alles oder Nichts“ geht als um einen Interessenausgleich.

„Religion kehrt auf die Tagesordnung zurück“ ... und stellt staatliche und nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit vor neue Fragen

In Subsahara-Afrika ist eine „Rückkehr“ von Religion auf die politische Tagesordnung festzustellen:

- Politische Bewegungen, Parteien und Regierungen begründen ihre Ziele und ihr Handeln gezielter mit religiösen Wertvorstellungen.
- Religiöse Bewegungen fordern vielerorts die moralische Umorientierung der Gesellschaft und einen religiös gebundenen Staat.
- In Teilen der Bevölkerung sind eine Abwehr von Entwicklungskonzepten und ein Rückbezug auf religiös geprägte Gemeinschaftsvorstellungen zu erkennen.
- Religiöse Zugehörigkeit wird häufiger zu einem Argument für die Durchsetzung von Ansprüchen auf öffentliche Dienstleistungen oder im Kampf um Einfluss und Macht.
- Inter- und inner-religiöse Spannungen wachsen und tragen in politischen Konflikten zur (gewaltsamen) Eskalation bei.

Wahrnehmung von Religion durch EZ

Bei der Reaktion von EZ-Akteuren auf diese Entwicklungen sind Unsicherheiten zu spüren, die mit den Veränderungen in Afrika, aber auch mit dem Selbstverständnis von EZ zusammenhängen. Insbesondere im staatlichen und säkularen Bereich bestand bislang eine Zurückhaltung bezüglich der Beschäftigung mit Religion. Sie ist primär darauf zurückzuführen,

- dass in unserer Gesellschaft der Einfluss von Religiosität auf die Lebenswirklichkeit von Menschen eher ausgeblendet wird und dies in der EZ zu einer Haltung des wohlwollenden Nicht-Beachtens bzw. Respekts vor der Spiritualität der Zielgruppen von EZ-Programmen geführt hat und
- dass unser Gesellschaftsverständnis von dem Vorhandensein und dem Wert einer Vielfalt von weltanschaulichen und religiösen Gruppen ausgeht, deren Beziehungen zueinander durch gegenseitige Toleranz geprägt sind und in die der Staat nicht einseitig privilegierend eingreift. In der EZ hat sich dies in der Überzeugung niedergeschlagen, dass der Zugang zu entwicklungspolitischen Projektmaßnahmen nicht von der Zugehörigkeit zu bestimmten Glaubensgemeinschaften abhängig gemacht werden darf.

Die eher distanzierte Haltung der EZ gegenüber Religion ist inzwischen einem aktiven Interesse gewichen. Um die Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung in Subsahara-Afrika zu verbessern, wird die Notwendigkeit einer kultur- und konfliktsensiblen Ausrichtung der EZ betont. Dabei wird besonders auf den Beitrag geschaut, den Religionen als Blockadefaktor oder Impulsgeber für Entwicklungsprozesse bzw. als Friedensstifter oder Störenfriede in politischen Konflikten darstellen.

Die Bedeutung religiöser Ideen für das individuelle und kollektive Handeln für die Menschen in Afrika schlägt sich derzeit in der EZ zum einen in der Beschäftigung mit dem Islam nieder.

Der insbesondere im staatlichen Bereich erkennbare Fokus auf den Islam hängt weniger damit zusammen, dass einem möglichen verstärkten politischen Einfluss muslimisch geprägter Milieus vorgebeugt werden soll. Er steht primär in Verbindung mit dem Aufbau von Kontakten zu islamischen Zielgruppen und Institutionen, zu denen zwischenstaatliche EZ bisher kaum direkte Beziehungen hatte. Durch die Verknüpfung religiöser Weltbilder mit EZ-Ansätzen wird eine stärkere Identifikation dieser Bevölkerungsgruppen mit EZ-Vorhaben und - letztlich - gesellschaftlichen Reformprozessen erwartet.

Daneben gibt es eine zweite Tendenz, die sich am Beispiel religiöser Einstellungen und Akteure mit den Folgen gesellschaftlicher Umbruchprozesse auf gesellschaftspolitische Leitbilder und Identitäten befasst. Dabei steht die Dynamik des Neben- und Gegeneinanders unterschiedlicher Werte und Lebensvorstellungen in Prozessen gesellschaftlicher Veränderung im Zentrum dieser zweiten Herangehensweise an Religion. Sie öffnet den Blick eher auf alle Religionen in Afrika, auf deren (zunehmende) interne Differenzierung und auf die Beziehungen von Religionsgruppen untereinander bzw. zu anderen gesellschaftlichen Akteuren oder dem Staat.

Ein auf eine Religion eingegrenzter Blick stellt sich dann als nicht ausreichend heraus, wenn religiöse Identitäten als Antwort auf unabgeschlossene oder scheiternde Modernisierungsprozesse entstehen. Vor allem über Auseinandersetzungen um politische Macht und Einfluss wächst die Gefahr, dass inner- oder interreligiöse Unterschiede dann zum Ausgangspunkt für soziale Abgrenzungsprozesse und die (gewaltsame) Eskalation von Konflikten werden.

Da Identitätskonflikte besonders schwer zu bearbeiten sind, muss EZ beachten, dass sie diese nicht unwillentlich fördert. Gerade unter den derzeitigen Bedingungen in Afrika wird „Do no harm“ von einer EZ verlangt, die kultursensibel ausgerichtet wird.

Welchen Stimmen welches Gewicht in Prozessen politisch-kulturellen Wandels gegeben wird, kann für den friedlichen oder gewaltsamen Umgang mit dabei auftretenden Konflikten wichtig sein. Die Zusammenarbeit der EZ mit religiösen Akteuren erfordert daher einen genauen Blick auf deren jeweilige Autorität in der Bevölkerung und auf deren Selbstverständnis bezüglich der Beteiligung an sozialer Entwicklung oder politischen Prozessen.

Sie muss auch beachten, wie diese Kooperation den nationalen Staat in seinen Beziehungen zu Religion und Religionsgruppen beeinflusst. Kann die Koexistenz zwischen gesellschaftlichen Gruppen gestärkt und damit auch ein positiver Beitrag zur Stabilisierung des Staates geleistet werden? Oder läuft EZ Gefahr, die politische Instrumentalisierung von Religion zu verstärken?

Diese Fragen gewinnen dadurch zusätzliche Brisanz, dass EZ nicht nur im lokalen oder nationalen Kontext kultur- und konfliktsensibel agieren muss. Je stärker lokale Einstellungen und Werte auseinandergehen und von globalen Einflüssen mitgeprägt werden, um so eher wird ausländische EZ auch in kulturell-politische Auseinandersetzungen einbezogen und als Teil eines weltweit wirkenden Macht- und Kulturkonflikts gesehen.

„Entwicklungszusammenarbeit will und soll konflikt- und kultursensibel sein“ - Welchen Platz braucht Religion bei der Ausrichtung der Arbeitsansätze von EZ-Organisationen?

Welche Relevanz diese Tendenzen und Fragen für entwicklungspolitisch tätige Institutionen haben und welche Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten sie daraus ableiten, wurde im zweiten Teil der Veranstaltung erörtert.

Inputreferate

Im Rahmen eines Inputreferats brachte Dr. Wolfgang Schneider-Barthold (BMZ) folgende Punkte in die Diskussion ein:

- Die Berücksichtigung sozio-kultureller Faktoren stößt in der Praxis der EZ auf eine Vielzahl offener Fragen. Das gilt auch für den Umgang mit Religion oder – konkret – mit dem Islam. Wie kann das entwicklungsfördernde Potential von Religion(en) genauer erkannt und stärker genutzt werden? Mit wem kann oder sollte EZ Kooperationsbeziehungen suchen? Müssen Angehörige von Religionsgemeinschaften (z.B. Muslime), die bisher weniger Zugang zu Entwicklungsprozessen oder westlichen EZ-Angeboten hatten (z.B. im Bereich der Bildung), bevorzugt behandelt werden?
- Das Kooperationspotential mit islamischen Organisationen ist bei Weitem nicht ausgeschöpft. Soll z.B. mit Stiftungen, Fonds, Banken etc. aus dem arabisch-islamischen Raum enger zusammengearbeitet werden, die in afrikanischen Partnerländern eine wichtige Rolle spielen? Welches sind die Kriterien für die Auswahl der Partner?
- Das BMZ und die staatlichen Durchführungsorganisationen müssen stärker konfliktsensitiv arbeiten. Muss Religion und ihr Verhältnis zu Konflikten in den internen Verfahren und Routinen zur Prüfung und Begleitung von EZ-Vorhaben sowie beim Politikdialog und der Vorbereitung von Auslandsmitarbeitern verstärkt thematisiert werden?
- Wie kann EZ konfliktreduzierend wirken, wenn Religionsunterschiede zu Konfliktfaktoren geworden sind?

Monika Huber vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) fasste in ihrem Input die Position ihrer Organisation zum Verhältnis von Religion und Konflikten in Subsahara-Afrika zusammen:

- Die Zusammenarbeit des EED mit kirchlichen Partnern in Afrika ist daran orientiert, deren Beiträge zur Förderung von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu unterstützen. Die damit einhergehende Trennung zwischen EZ-Projekten, die vom EED unterstützt werden, und anderen Aspekten des religiösen Lebens wird von einigen Partnern in Afrika kritisiert. Sie betonen die Verbindung zwischen religiösem Glauben, der Lebensführung von Menschen und dem gesellschaftlichen Umfeld und stellen Entwicklungswege in Frage, die diesen Zusammenhang nicht berücksichtigen. Der EED beobachtet auch, dass Partner den Grundsatz in Frage stellen, dass der Zugang zu Projektmaßnahmen an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen orientiert und nicht von der Zugehörigkeit zu einer Religionsgruppe abhängig sein soll. Diese Tendenz weist auf die institutionelle Differenzierung hin, die innerhalb der Religionen stattfindet (z.B. Aufkommen pfingstlerischer und

charismatischer Bewegungen im Christentum) und die häufig mit Abschottung und Konkurrenz einhergeht.

- Die Zunahme religiöser Vielfalt führt im sozialen und gesellschaftspolitischen Engagement zu verstärktem inter- bzw. innerreligiöses Wettbewerbsdenken. Die Abgrenzung wird z.B. beim Aufbau von Infrastruktur sozialer Dienstleistungen deutlich (Bildung, Gesundheit, etc.). Konkurrierende Angebote unterlaufen Versuche, ein System aufeinander bezogener und alle Teile der Bevölkerung erreichender Sozialeinrichtungen zu schaffen. Da deren Finanzierung oft außenabhängig ist (Nordamerika/Europa bei Christen, arabischer Raum bei Muslimen), kommt ausländischen Akteuren eine besondere Verpflichtung zu. Es gilt entwicklungsorientierte Grundsätze (Chancengleichheit, Partizipation aller, Selbsthilfe, Nachhaltigkeit) zu betonen. Positive Erfahrungen mit der Zusammenarbeit zwischen Christen und Angehörigen anderer Religionen müssten herausgestellt und gewürdigt werden.
- Religionsgruppen und geistliche Führer haben besondere Verantwortung in sozialen und politischen Auseinandersetzungen, bei denen Religion zur Mobilisierungskraft wird. Der EED hat deshalb im Dialog mit seinen Partnern begonnen, der religiösen Dimension in Konflikten größere Aufmerksamkeit zu widmen und dies z.B. im „Do no harm“-Ansatz zu verfolgen. Hohe Sensibilität ist allerdings erforderlich, damit der Beitrag des Christentums, des Islams und traditioneller afrikanischer Spiritualität in sich gewaltsam zuspitzenden Konflikten wie bei der Bewältigung von Modernisierungsprozessen positiv zum Tragen kommen kann.

Zusammenarbeit mit dem Islam

Während bei christlichen Strukturen in Afrika in der Regel Beziehungen zu westlichen (zumindest kirchlichen) Entwicklungsorganisationen bestehen, stehen die institutionalisierten Formen des Islams in einer weniger ausgeprägten Beziehung zu westlichen Akteuren über Entwicklungszusammenarbeit.

Im Bereich der zwischenstaatlichen EZ mit Subsahara-Afrika sind deshalb Arbeitskonzepte daraufhin überprüft worden, ob sie den Islam - insbesondere in Regionen mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil - als eine sozio-kulturelle Dimension von Entwicklung angemessen berücksichtigen. Die Erfahrungen der GTZ (Eigenmaßnahme „Islam und Afrika“) zeigen, dass die Wirksamkeit von EZ-Vorhaben gesteigert werden kann, wenn traditionelles Wissen, religiöse Vorstellungen und regionale Gewohnheiten ernst genommen und Religionsgruppen und ihre geistlichen Führer einbezogen werden. Insbesondere zu Themen, die einerseits ethische Aspekte, andererseits EZ-Handlungsfelder betreffen (Bildung, Gesundheit, Umgang mit Behinderten oder HIV/AIDS), ist die Kooperation für beide Seiten neu, aber auch fruchtbar.

Einigkeit bestand im Fachgespräch, dass in der deutschen EZ das Wissen über den Islam allgemein gering ist. Insbesondere in der Vorbereitung von Auslandsmitarbeitern für den Einsatz in Regionen mit muslimischen Bevölkerungsgruppen sollte diese Religion mehr Aufmerksamkeit erhalten. Dabei ist allerdings zu beachten, dass eine solide Kenntnis über religiöse Ausprägungen auf der Ebene lokaler Projekte in einem anderen Kontext zu sehen ist als Wissen, das hilft, die gesellschaftspolitische Relevanz islamischer Akteure oder islamistischer politischer Bewegungen auf nationaler Ebene einzuschätzen.

Gefragt wurde allerdings auch danach, ob der Fokus auf den Islam in einem multi-religiösen Kontext gerechtfertigt ist. Ist für die EZ dieselbe intensive Beschäftigung mit dem afrikanischen Christentum bzw. traditionellen Religionen notwen-

dig? Wie soll mit der Vielartigkeit und Dynamik sozio-kultureller Faktoren umgegangen werden, wenn EZ eine kultursensible Ausrichtung sucht?

Auf die Frage, ob in einigen Ländern eine Diskriminierung von Angehörigen einer Religion stattfindet (z.B. beim Zugang von Muslimen zu Bildungseinrichtungen), wurde auf unterschiedliche Aspekte hingewiesen. Es kann sein, dass die Kluft zwischen Bildungszielen im (staatlichen) Schulsystem und unterschiedlichen religiösen Milieus (Christen bzw. Muslimen) so groß ist, dass Schulbildung unterschiedliche Bedeutung zugemessen wird. Ist dies der Fall, erfordert das von EZ eine andere Reaktion als in einer Situation, wo von Seiten des Schulsystems einer religiösen Gruppe der Zugang erschwert oder verwehrt wird. (Zwischenstaatliche) EZ müsse sich aber auf jeden Fall fragen, ob sie eine religiöse Gruppe als Zielgruppe spezifisch behandeln wolle oder sich politisch-strategisch dafür einsetze, dass alle Staatsbürger Zugang zu öffentlichen Leistungen erhalten.

Religion als spezifisches Handlungsfeld der (zwischenstaatlichen) EZ

Bei der Diskussion über die Rolle des Islam und die Zusammenarbeit mit islamischen Akteuren betonten die meisten Teilnehmer/innen des Fachgesprächs, dass ihre Organisationen eher dem Phänomen „Religion in Entwicklungsprozessen“ Aufmerksamkeit schenken als einer spezifischen Religion.

Skepsis herrschte allerdings darüber, ob aus dem politischen Bedeutungszuwachs von Religion in Afrika die Herausbildung eines eigenständigen EZ-Handlungsfeldes mit spezifischem Instrumentarium oder besonderen „Kennungen“ in Prüfungsverfahren resultieren sollte. Es dominierte die Einschätzung, dass es eher sinnvoll sei, in bestehenden Konzepten und Verfahren den Blick auf diese Entwicklungen zu schärfen.

Hinsichtlich der Berücksichtigung sozio-kultureller Faktoren von Entwicklung gelte es, die gewachsene Bedeutung von Religion in der Dynamik politisch-kultureller Veränderungen stärker als bisher zu verstehen und zu beachten.

Auch der Einbezug lokaler Akteure und die Wahrnehmung der sinnstiftenden Rolle von religiösen Werten geben keinen Anlass für eine explizite Neubefassung mit Religion. Vielmehr muss EZ verstärkt auf die Berücksichtigung von Kultur und die Partizipation von Zielgruppen bei EZ-Vorhaben abzielen. Die konsequente Anwendung partizipativer Methoden lässt lokale Erwartungen und Werte erkennen und Differenzen frühzeitig berücksichtigen. Selbst in konfliktiven Situationen lässt sich damit u.U. ein Beitrag leisten, damit jenseits religiöser Trennlinien Antworten auf lokale Probleme gefunden werden können.

Die Bedeutung religiöser Akteure im politischen Kontext führte zur Debatte um die Rolle von Zivilgesellschaft in Politik und Entwicklung zurück.

Durch Religion motivierte oder mit Religion gerechtfertigte politische Auseinandersetzungen lassen sich frühzeitig erkennen und angemessen berücksichtigen, wenn vorhandene konfliktorientierte Instrumentarien (Betrachtung von Konflikt- und Friedenspotential, „Do no harm“ etc.) differenziert zur Anwendung kommen.

Wichtiger als die Entwicklung neuer EZ-Kategorisierungen empfanden die Teilnehmer/innen der Veranstaltung deshalb die Analyse, wie die Bedeutungszunahme von Religion in afrikanischen Staaten zu verstehen und politisch angemessen in EZ-Strategien zu berücksichtigen ist.

Das Dilemma des schwachen Staates

Nicht Religionsunterschiede per se führen zu Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen. Entscheidender scheinen die Beziehung des Staates zu Religion und die Rolle von Glaubensunterschieden im politischen Kontext zu sein.

Die politischen Systeme vieler Länder Afrikas befinden sich in einer Phase der Transformation zwischen den Polen der Zerstörung von Staatlichkeit und der Demokratisierung. Wo sich weder eine demokratische Streitkultur herausbildet noch eine nationale bzw. gesamtgesellschaftliche Identität seit der Staatsgründung entwickelt hat, wird Identität und Orientierung gerade in Krisenmomenten durch Hinwendung zu ethnischen oder religiösen Werten und Regeln gesucht. Dies gilt besonders dort, wo politische und ökonomische Veränderungen als besonders tiefgreifend empfunden werden und weder staatliche noch traditionelle Sozialnetze in der Lage sind, Leid und Desorientierung aufzufangen.

Die Tendenz zum Rückbezug auf Traditionen und historisch scheinbar unveränderliche Werte wird gesellschaftlich dann zum Problem, wenn sie auch politisch instrumentalisiert wird. Statt einer konstruktiven Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Veränderungen und kulturellen Brüchen (Vielfalt) kommt es zu einem Gegeneinander und zu Spannungen zwischen Subkulturen und wachsender Instabilität.

Eine konflikt- und kultursensible EZ steht vor der Aufgabe, die Erhaltung oder Wiederherstellung von demokratisch-rechtsstaatlichen Strukturen genauso zu unterstützen wie Prozesse, die in der Gesellschaft Chancengleichheit, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Koexistenz fördern. In diesem Zusammenhang muss sie deshalb beachten, ob Religion Demokratisierungs- und Pluralisierungstendenzen unterläuft (und ein religiös-abgrenzendes Selbstverständnis begünstigt) oder aber positive Signale zur Zukunftsgestaltung setzt, die auf religiösen Werten basieren.

Unter „Do no harm“-Aspekten muss EZ darauf achten, dass eine stärkere Fokussierung auf religiöse Akteure vom (säkularen) Staat oder gesellschaftlichen Gruppen nicht so interpretiert wird, als ob EZ Funktionen des (Zentral-)Staats unterlaufen oder Angehörigen einer Glaubensgemeinschaft einen privilegierten Zugang zu entwicklungspolitischen Maßnahmen ermöglichen will. Die Tendenz, politische Ansprüche über religiöse Zugehörigkeit durchzusetzen, darf durch EZ nicht verstärkt werden. Sie wirkt ansonsten nicht nur konfliktverschärfend, sondern gefährdet auch ihr eigenes Ziel, den Staat als Garanten sozialen Ausgleichs zu stärken und gesellschaftliche Voraussetzungen für Chancengleichheit zu fördern.

Im Rahmen zwischenstaatlicher EZ stellt sich daher die Frage, inwieweit sie sich religionsneutral verhalten muss oder religiöse Konfliktlinien thematisieren kann. Außer Frage steht, dass die deutsche Erfahrung der Unterscheidung von politischer und religiöser Kultur friedensfördernd war. Glaubensüberzeugungen sollten deshalb kein Thema von Politikdialog sein. Die Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Religionen können jedoch sehr wohl Bestandteil eines Dialogs sein.

Identitätskonflikte

Wenn es insbesondere in „schwachen“ Staaten zur politischen Instrumentalisierung von religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit kommt, wächst die Gefahr, dass sich Konflikte um Macht oder Ressourcen in Identitätskonflikte verwandeln. Beispielsweise werden Auseinandersetzungen zwischen Ackerbauern und Noma-

den um Zugang zu Land und Wasser – aufgrund parteipolitischer Einflussnahme oder staatlicher Reaktionen – zu Konflikten über religionsbedingte Benachteiligung oder Bevorzugung. Ihre Bearbeitung – so zeigt sich z.B. im Kontext der „neuen Kriege“ – ist besonders schwierig, da Glaubensgrundsätze nicht verhandelbar sind.

In- und ausländische Akteure müssen deshalb darauf achten, dass die Verschiebung von Konfliktlinien und Trennlinien entlang von Religionen vermieden werden. Der Prävention kommt dabei besondere Bedeutung zu. Dialogförderung gilt häufig als zentraler Ansatz zur Prävention religiös motivierter Auseinandersetzungen oder zur zivilen Konfliktbearbeitung.

Als sinnvoll hat sich das Dialog-Instrument allerdings eher dort herausgestellt, wo es nicht erst im Moment der Krise ins Leben gerufen wurde. Zu unterscheiden sind zwei Formen des Dialogs: Einerseits ist der Dialog über Theologien bzw. zwischen Religionsgruppen zu nennen. Auf der anderen Seite ist der Dialog als Ermöglichung von Kontakten und Zusammenarbeit zwischen Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit zu verstehen, bei dem z.B. die Bewältigung von Alltagsfragen im Mittelpunkt steht.

„Chancen für friedliches Zusammenleben und handlungsfähige Staaten“ - Welches und wie viel Zusammenspiel brauchen EZ-Organisationen untereinander und mit Akteuren in Afrika?

Im Fachgespräch blieb offen, ob die von EZ-Organisationen in Afrika aufgebauten Beziehungsfelder so zusammenwirken können, dass einerseits Staatlichkeit gestärkt, erhalten oder wieder aufgebaut wird *und* sich andererseits gesellschaftliche Gruppen nicht nach unterschiedlichen Identitäten abgrenzen, sondern divergierende Interessenlagen friedlich und demokratisch ausgleichen. Für die Weiterarbeit am Thema wurden Vorschläge gemacht, die sich auf Handlungsmöglichkeiten innerhalb der EZ bzw. auf Themen bezogen, zu denen ein weiteres Nachdenken notwendig erschien.

Handlungsmöglichkeiten und Reflexionsnotwendigkeiten

Es herrschte Einigkeit darüber, dass friedensstiftende Beiträge von Religionsgruppen stärker in den Blick der EZ genommen werden sollten. Momentan besteht eine Tendenz, eher die polarisierenden und konflikteskalierenden Aspekte von Religion wahrzunehmen.

Aus der Sicht unterschiedlicher Akteure in Afrika (d.h. des Staates, verschiedener Religionsgruppen, anderer gesellschaftliche Kräfte) sollten Vorstellungen darüber zusammengetragen werden, wie „soziale Verantwortung“, „Demokratie“ oder „*Good Governance*“ verstanden werden und welche Beiträge sie zur gesellschaftlichen Kohäsion und Stabilität leisten wollen und können.

Erfolgreiche Prozesse der Deeskalation von Konflikten in Folge von Vorhaben zwischen oder mit Religionsgruppen sollten intensiv ausgewertet werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei dem Verhältnis zwischen Gruppen der großen Weltreligionen (Christen/Muslimen), dem Verhalten des Staates und der Verbindung zwischen Aktivitäten auf der Mikro- bzw. Makro-Ebene gegeben werden.

Weiteres Nachdenken ist notwendig, um genauer auszuloten, wer wie auf Konfliktverläufe einwirken kann, die eine religiöse Dimension haben. Wenn diese Konfliktsituationen hoch abhängig sind vom Verhalten des Staates oder politischer Akteure gegenüber Religionsgruppen, stellt sich EZ-Organisationen die Frage, ob sie sich in ihrer Arbeit eher mit der Rolle religiöser Akteure in diesen Prozessen befassen oder das Verhältnis von Staat und Politik gegenüber Religion thematisieren.

In diesem Zusammenhang entstand im Fachgespräch eine Kontroverse über die langfristigen Perspektiven der Beschäftigung der EZ mit diesen Fragestellungen. Die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit der bewahrenden *und* verändernden Kraft von Religion in politischen Prozessen und in Konfliktsituationen hatte das Fachgespräch beleuchtet. Muss EZ aber langfristig die Säkularität als politische Zielvorstellung betonen, damit Religion nicht zum Maßstab für Regelungen öffentlicher Angelegenheiten wird?

Wie in Afrika die Gefahren einer Vereinnahmung von Religion für politische Zwecke oder aber die Chancen für Frieden und Entwicklung eingeschätzt werden, die aus sich verändernden Rollen von Religion und Spiritualität resultieren, sollte auch Gegenstand von Gesprächsprozessen zwischen EZ-Akteuren und ihren Partnern in Afrika sein.

Wertediskurs

Wenn es um Kernfragen der Identität und des Selbstverständnisses von Menschen geht, müssen ausländische Akteure zurückhaltend sein. Dies gilt umso mehr in Situationen tiefgreifenden kulturellen Wandels.

Entwicklungszusammenarbeit kann sich aber nicht aus diesen „Kulturkämpfen“ heraushalten. Ihre interkulturelle Aufgabe liegt deshalb auch darin, die eigenen Wertvorstellungen im Dialog zu verdeutlichen. Dies schließt einerseits ein, dass die Konzepte der eigenen Kultur dem Gegenüber nicht als absolut (und „bedrohend“) dargestellt werden, sondern hinterfragbar sein müssen bzw. die Übertragbarkeit auf andere Kulturzusammenhänge geprüft werden. Andererseits muss deutlich werden, was nicht verhandelbar ist (eigene Identität). Dies kann allerdings bedeuten, dass sich das Personal von EZ der historischen Herausprägung dieser Werte und auch der damit in Verbindungen stehenden gesellschaftlichen Institutionen bewusst sein muss. Dies gilt z.B. für die Menschenrechte, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern oder den säkularen Charakter des Staates. Diesen Aspekten muss eventuell in der Vorbereitung von Auslandsmitarbeitern größeres Gewicht gegeben werden.

Zusammenfassung

Hinsichtlich der Beschäftigung von EZ mit Religion konnte bei der Veranstaltung Folgendes festgehalten werden:

- Entwicklungs- und friedensfördernde Werte von Religion haben Einfluss auf der Ebene des individuellen und des kollektiven Verhaltens. Religionen und Religionsgruppen beeinflussen aber auch politische Prozesse und können in Konflikten Eskalationsfaktoren darstellen, wenn sie durch Machtinteressen instrumentalisiert werden. EZ muss diese Dynamiken in politischen Prozessen differenziert betrachten und sich sowohl konflikt- als auch kultursensibel ausrichten.

- Wenn politische, ökonomische und soziale Umbruchprozesse in afrikanischen Ländern mit gesellschaftlichen Aufspaltungen entlang religiös-kultureller Unterschiede einhergehen, steigt die Gefahr, dass Fragen der Identität in den Vordergrund von Konflikten und Gewalt treten. Für die EZ resultiert daraus die Notwendigkeit, auf die Verschiebung von Konfliktlinien zu achten und - auch auf dieser Ebene - konfliktentschärfende Maßnahmen einzuleiten. Positive Erfahrungen müssen aufgearbeitet werden.
- Religiöse Unterschiede sind nicht ausreichend zur Erklärung politischer oder gewalttätiger Konflikte. Der Zusammenhang zwischen religiös-kulturellen Veränderungen und Staatsbildung/-zerfall erfordert eine EZ, die Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und den Wert friedlicher gesellschaftlicher Koexistenz in Einklang bringt. In diesem Kontext muss auch das Verhältnis zwischen politischer und religiöser Kultur bzw. zwischen Staat/Politik und Religion thematisiert werden.

Anhang I: Programm

- Moderation: Wolfgang Kaiser / Natascha Zupan
- 10h30 Einführung in das Fachgespräch
- 10h45 **„Religion kehrt auf die Tagesordnung zurück“ ... und stellt staatliche und nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit vor neue Fragen**
- Input:
FriEnt-Thesen zur Beschäftigung entwicklungspolitischer Organisationen mit dem Thema
- Diskussion
- 12h15 Mittagsimbiss
- 13h15 **„Entwicklungszusammenarbeit will und soll konflikt- und kultursensibel sein“ - Welchen Platz braucht Religion bei der Ausrichtung der Arbeitsansätze von EZ-Organisationen?**
- Input Dr. Wolfgang Schneider-Barthold (BMZ):
Islam, Religionen, politische Reformen - Ansatzpunkte und Handlungsebenen aus Sicht der BMZ-Afrika-Referate
- Input Monika Huber (EED):
Religiöse Mobilisierung, Konflikte, soziale Gerechtigkeit – Ansatzpunkte und Handlungsebenen aus Sicht des Evangelischen Entwicklungsdienstes
- Diskussion
- 15h Pause
- 15h30 **„Chancen für friedliches Zusammenleben und handlungsfähige Staaten“ - Welches und wie viel Zusammenspiel brauchen EZ-Organisationen untereinander und mit Akteuren in Afrika? Wie geht es weiter?**
- Diskussion
- 17h Ende der Veranstaltung

Anhang II: Teilnehmerliste

AA	Dr. Gabriela Guellil	Stellvertr. RL Dialog mit islam. Welt (Ref. 610)
BMZ	Birgit Joußen	Ref. Westafrika I (321)
BMZ	Angela Eckert	Ref. Zentral-, Westafrika II, Madagaskar (322)
BMZ	Dr. Wolfgang Schneider-Barthold	Ref. Ostafrika (323)
BMZ	Dr. Bernhard Trautner	Ref. Regionale Entwicklungspolitik; Naher Osten (325)
EED	Dr. Wolfgang Heinrich	Arbeitsstelle Frieden & Konfliktbearbeitung
EED	Monika Huber	Sonderaufgaben beim EED-Vorstand
EED	Jürgen Reichel	RL Entwicklungspolitischer Dialog
FES	Dr. Michael Bröning	Ref. Afrika
GTZ	Marion Fischer	Koordinatorin „Islam u. EZ in Afrika“
GTZ	Elvira Ganter	Projektleiterin SV Gender
HBS	Dirk Spilker	Projektkoord. State-building und Demokratisierung in fragilen Staaten; Afrika
InWEnt	Hannelore Hopf	Vorbereitungsstätte für EZ / Afrika
InWEnt	Dr. Werner Würtele	Vorbereitungsstätte für EZ / Abt.leiter Landeskunde u. Entwicklungspolitik
KfW	Christina Kükenshöner	Ref. Demokratisierung, Dezentralisierung
Konsortium ZFD	DED / Norbert Seger	Ref. Ziviler Friedensdienst, zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung
Konsortium ZFD	EIRENE / Brigida Ferber	Afrika
Konsortium ZFD	EIRENE / Martina Richard	Lateinamerika
Misereor	Birgit Felleisen	Fachreferentin Frieden und zivile Konfliktbearbeitung
Misereor	Michael Schirmer	AGEH-Fachkraft Nigeria
Misereor	Günter E. Thie	Berater
FriEnt	Wolfgang Kaiser	EED-Vertreter im FriEnt-Team
FriEnt	Brigitte Kirschner	FriEnt-Sekretariat
FriEnt	Dr. Susanne Reiff	Redakteurin im FriEnt-Team
FriEnt	Natascha Zupan	Leiterin des FriEnt-Teams